

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Peter Florianschütz, MA, MLS (SPÖ), Jörg Neumayer, MA (SPÖ), Ömer Öztas (GRÜNE) und Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 26.06.2024 - 27.06.2024.

Nein zur Chatkontrolle

Die Europäische Kommission plant derzeit die Einführung einer umfassenden Überwachung privater Online-Kommunikation, auch bekannt als Chatkontrolle. Dieses Vorhaben sieht vor, dass Kommunikationsdienste wie Messenger-Apps und E-Mail-Dienste verpflichtet werden sollen, alle Nachrichten automatisiert auf illegale Inhalte zu scannen. Ziel ist es, insbesondere die Verbreitung von Kindermisbrauchsdarstellungen und andere kriminelle Aktivitäten zu verhindern. Die Befürworter argumentieren, dass diese Maßnahmen notwendig sind, um Kinder und Jugendliche besser zu schützen und die Strafverfolgung zu verbessern. Die Abstimmung zum Gesetzesentwurf wurde im Rat vertagt, nichtsdestotrotz ist mit einer Abstimmung in den nächsten Monaten zu rechnen.

Die geplante Chatkontrolle stellt einen erheblichen Eingriff in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger dar. Die Überwachung privater Kommunikation widerspricht den Grundrechten auf Datenschutz und vertrauliche Kommunikation, die in der EU-Grundrechtecharta festgeschrieben sind.

Eine flächendeckende Überwachung aller Kommunikationsdienste ist unverhältnismäßig und nicht zielführend. Kriminelle Handlungen können durch gezielte Ermittlungen und den Einsatz bestehender rechtlicher Mittel effizienter und effektiver bekämpft werden, ohne die Grundrechte der gesamten Bevölkerung zu verletzen.

Weiters erfordert die Implementierung von Chatkontrollen den Einsatz von Technologien, die potenziell Sicherheitslücken eröffnen und die IT-Sicherheit insgesamt schwächen könnten. Dies erhöht das Risiko von Missbrauch und Cyberangriffen, wodurch sowohl private als auch staatliche Systeme gefährdet werden.

Die Überwachung privater Kommunikation führt zu einem erheblichen Vertrauensverlust in digitale Kommunikationsmittel. Dies betrifft nicht nur die individuelle Nutzung, sondern auch die Wirtschaft, die stark auf sichere und vertrauenswürdige digitale Kommunikation angewiesen ist.

Effektive Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch sind dringend notwendig. Hierzu zählen beispielsweise eine Förderung der Digital Literacy unter Kindern, die Aufklärung von Eltern zu den Gefahren des Internets für Kinder, die konsequente Planung und Umsetzung von Safe Spaces, der Einsatz von Vertrauenspersonen an Schulen und verstärkte polizeiliche Ermittlungen in Kindermisbrauchs-Ringen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich entschieden gegen die geplante Chatkontrolle auf EU-Ebene aus. Der Gemeinderat fordert die Bundesregierung, insbesondere den Minister für Inneres sowie die Staatssekretärin für Jugend und Digitalisierung, dazu auf, in aller Klarheit gegen diese Pläne aufzutreten und im Falle einer Abstimmung im Rat dagegen zu stimmen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

26.06.2024